

Die Politik des Zwischenrufs: zu einer kleinen parlamentarischen Form

Hitzler, Ronald

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hitzler, R. (1989). Die Politik des Zwischenrufs: zu einer kleinen parlamentarischen Form. In H.-J. Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft: gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Zürich 1988 ; Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen* (S. 468-470). Zürich: Seismo Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41177>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

within he-said-she-said disputes girls display a form of organization based on what has been called “exclusiveness”, reportedly more characteristic of American girls’ groups than of boys’. Girls affirm the organization of their social group through assessing the behavior of absent parties. The alliances they form in the process of discussing others mark who is included and excluded from the social group of the moment, rather than relative rank.

It is sometimes argued that girls avoid direct competition and are little interested in “negotiation involvements”. Girls’ tendency to be more nurturant than boys is felt to result in relatively less conflict in their same-sex group. Within certain domains girls do select accounts for their actions which more closely reflect what Carol Gilligan has termed an ethic of care (as contrasted with an ethic of justice) and appear more concerned with a self “delineated through connection” rather than a “self defined through separation” or differentiation from others. Such forms of behavior, however, must be interpreted as situated presentations of self, sensitive to the contexts in which they occur. As the data presented here vividly show, within the he-said-she-said storytelling event girls react with righteous indignation when they learn their character has been maligned. They display an intense interest in initiating and elaborating disputes about their legal rights (not to be talked about behind their backs) which differentiate offending and offended parties. Alignments taken up during such disputes clearly demarcate who stands within the bounds of an inner circle of friends as well as who is relegated to that circle’s periphery. Stories thus provide arenas for each gender group to negotiate concerns which are central to each group’s notions of social organization.

Die Politik des Zwischenrufs. Zu einer kleinen parlamentarischen Form

Ronald Hitzler (Köln)

Die sogenannten parlamentarischen Debatten sind u. a. dadurch gekennzeichnet, dass man als Parlamentsmitglied im Plenum nur sprechen darf, wenn man die offizielle Genehmigung dazu hat, und dass *a priori* verbindlich festgelegt wird, wer sich im Rahmen einer thematischen Vorgabe wann und wie lange äussern darf. Eine sogenannte parlamentarische Debatte besteht mithin formell aus Reden, Gegen-Reden und Gegen-Gegen-Reden, aus Erklärungen, Berichten und diversen Frage-Antwort-Ritualen sowie ‘ad-hoc’ beim amtierenden Präsidenten beantragten und vom Redner auf Anfrage des Präsidenten hin gestatteten ‘Zwischenfragen’. Auch im Deutschen Bundestag darf gemäss Paragraph 27, Abs. 1 der Geschäftsordnung ein Abgeordneter “nur sprechen, wenn der Präsident ihm das Wort erteilt hat”. Nun ist aber (bekanntlich?) die sogenannte Plenardebatte weniger eine Debatte zwischen den Parlamentariern, als der rituelle Rahmen für Serien von akklamatorischen Monologen, die vorwiegend eben nicht der demokratischen Meinungs-*Findung*, sondern vielmehr der *Kundgabe* der politischen Positionen von Regierung und Opposition dienen. D. h. in der sogenannten Plenardebatte geht es darum, den *Eindruck* zu erzeugen, die gewählten Repräsentanten

des Volkes seien massgeblich am politischen Entscheidungsprozess beteiligt. Tatsächlich aber kommen bei dieser Politik-Show die einzelnen Abgeordneten keineswegs gleichgewichtig zu Wort, sondern nach ausgeklügelten Proporz-Schlüsseln und entsprechend irgendwelchen innerfraktionellen Hackordnungen.

So wäre denn der Parlamentarier auf der 'grossen Bühne' seiner politischen Existenz, bei der Plenarversammlung, qua organisatorischen Strukturierungszwängen statt zum Reden bestellt weitgehend 'zum Schweigen verurteilt', gäbe es nicht jenes kleine 'antiritualistische Ritual' (Soeffner) des *Zwischenrufes*. Unter einem Zwischenruf verstehe ich eine verbale Äusserung eines Akteurs im Rahmen einer institutionell monopolisierten Rede oder einer institutionell oligopolisierten Diskussion anderer Akteure vor einem grösseren Auditorium. Der Zwischenruf ist relativ knapp formuliert (er muss 'dazwischen' passen) und wird relativ laut vorgetragen (er muss 'gerufen' werden), und er bezieht sich 'irgendwie' auf die aktuelle Rede, den Redner, eine Zwischenfrage, einen Zwischenfrager, einen Ordnungsruf, einen Ordnungsrufer, einen anderen Zwischenruf, einen anderen Zwischenrufer, eine sonstige Meinungskundgabe oder einen sonstigen Meinungskundgeber. Der Zwischenruf ist eine 'kleine kommunikative Form'; er besteht grundsätzlich aus nur einem Redezug, der zumeist mehr oder weniger parallel zur 'Hauptrede' verläuft.

Gerade der Zwischenruf trägt nicht zum wenigsten dazu bei, gegenüber der 'Öffentlichkeit' die sogenannten Plenardebatten als argumentative Auseinandersetzungen zwischen divergenten politischen Auffassungen zu inszenieren. Der Zwischenruf unterscheidet sich von allen anderen Redesorten im Parlament nämlich dadurch, dass er ohne Genehmigung des Präsidenten getätigt wird. Trotzdem ist er im Deutschen Bundestag als "gewohnheitsrechtlich zulässig" anerkannt und wird sogar - nach Paragraph 119 der Geschäftsordnung - im stenographischen Sitzungsprotokoll erfasst, und zwar (anders als im britischen Parlament, wo er nur als 'interruption' notiert wird) so genau wie möglich, so detailliert, wie er vom Stenographen verstanden wird - unabhängig davon, ob er eine Reaktion hervorgerufen hat oder nicht.

Der Zwischenruf thematisiert mit positiv oder negativ wertender Absicht Wirklichkeitsdeutungen, die in einer institutionell monopolisierten bzw. oligopolisierten Rede vor einem grösseren Auditorium vorgenommen werden. Dabei kann der Zwischenrufer z.B. beabsichtigen, den Redner direkt anzusprechen, entweder um ihn zu irritieren oder um ihn zu stabilisieren; er kann beabsichtigen, Aufmerksamkeit für den Redner einzufordern oder von ihm abzuziehen; er kann beabsichtigen, die Anhänger oder die Gegner des Redners oder ein Drittpublikum anzusprechen usw. Und selbstverständlich können auch verschiedene solcher Intentionen zugleich für den Zwischenrufer motivationsrelevant werden - im Sinne einer "mehrfachadressierten Sprachhandlung" (Kühn).

Der Zwischenruf ist - so gesehen - eine durchaus symptomatische Kurzformel politischen Redens schlechthin: Auch er dient der Auf- und Abwertung von Standpunkten und Meinungen, der Beschwichtigung oder Erregung diverser

Publika, der Argumentation für oder gegen Positionen, der Plausibilisierung oder Entplausibilisierung von Entscheidungen, der Legitimation oder Delegitimation von Einstellungen und Weltanschauungen, der Emotionalisierung von Sachverhalten, der Evokation von Zustimmung oder Ablehnung, der ideologischen Besetzung semantischer Felder usw. Der Zwischenruf ist, kurz gesagt, ein Element symbolischer Politik; d. h. auch und gerade an ihm wird deutlich, dass es im politischen Diskurs zum wenigsten darum geht, etwas auszuhandeln, also irgendwelche Gegner dazu zu bringen, womöglich ihren Standpunkt zu wechseln, dass es vielmehr darum geht, Parteigänger zu ermutigen, Sympathisanten zu aktivieren, Unentschlossene für sich zu gewinnen und Kritiker zu diskriminieren.

Jenseits seiner, Kontrahenten und Gesinnungsfreunde betreffenden, quasi instrumentellen Funktionen in der politischen Auseinandersetzung verweist der Zwischenruf, jeder Zwischenruf, auch nachdrücklich auf den zwischenrufenden Akteur selber - als ein probates, wenngleich nicht ganz 'ungefährliches' Mittel *öffentlicher Selbstdarstellung* (wemgegenüber auch immer): Der Zwischenrufer zeigt an, dass er ein guter Zuhörer und fixer Denker ist, der die zur Debatte stehende Thematik beherrscht und so in der Lage ist, Widersprüche einzuklagen, Schwachstellen aufzudecken, Fehler zu korrigieren, Zustimmung markant zu signalisieren, Hochachtung überzeugend zu bekunden, Standhaftigkeit zu demonstrieren, dass er also ein kenntnisreicher politischer Kopf ist, der Scharfsinn und Durchsetzungsvermögen, Kompetenz und Courage, Engagement und Witz beweist.

Der Zwischenrufer realisiert - so würde ich sagen - in der knappsten Form exemplarisch die *expressive* Funktion politischen Redens: Sich als Repräsentant von Parteien und Interessengruppierungen glaubwürdig zu machen bzw. glaubwürdig zu erhalten, Zuverlässigkeit und Wichtigkeit zu bekunden und sich so gleichsam 'beiläufig' (einmal mehr) einen kleinen Vorteil im Spiel um die Macht zu verschaffen. Die *generelle* Politik des Zwischenrufs besteht m. E. also darin, zu Zeit- und Aufmerksamkeitslasten eines anderen Akteurs den Zwischenrufer 'interessant' zu machen, Eigeninszenierung in der Grauzone des institutionell approbierten kommunikativen Verhaltens zu betreiben. Erst wenn wir hypothesieren, dass jeder parlamentarische Zwischenruf zumindest auch - und gelegentlich eben nur - der Selbstdarstellung des Zwischenrufers dienen könnte, bekommt dieses Phänomen insgesamt - und nicht nur in Teilen - *Sinn*.

Diffamierte Minderheitensprache: Slowenisch in Kärnten - die Sprache des Feindes

Peter Gstettner (Klagenfurt)

An einem konkreten Beispiel wird die These überprüft, weshalb die Zurechnung zu einer ethnischen Minderheit heute einem gesellschaftlichen Differenzierungs- und Mobilisierungsfaktor gleichkommt und woher die (neue?) Stilisierung von Minderheiten als bedrohliche Invasionshorden stammt. Offensichtlich ist, dass mit solchen Zuschreibungen nicht nur innerhalb der EG politische Stimmung